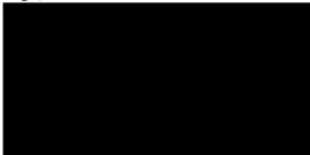


Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

Der Vorsitzende
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, 10111 Berlin

Frau



Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
6759/19					30.03.2026 /

Ihre Eingabe vom 18.03.2026 Auskunft über geplante polizeiliche Erfassung psychisch erkrankter Menschen

Sehr geehrte Frau

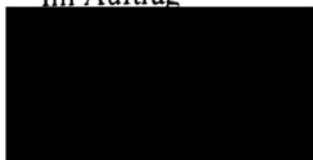
Ihre an einen Fachausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin gerichtete Zuschrift ist zuständigkeitshalber an den für die Behandlung von Eingaben eingesetzten Petitionsausschuss weitergeleitet worden. Bitte geben Sie das oben genannte Geschäftszeichen, unter dem Ihre Zuschrift hier erfasst ist, bei allen Rückfragen in dieser Angelegenheit an.

Ihre beigefügte Eingabe reichen Sie bitte unterschrieben zurück, da sie ansonsten mangels Wahrung der Schriftform nicht bearbeitet werden kann.

Ich bitte um Verständnis, dass die Bearbeitung Ihrer Eingabe wegen der erforderlichen Ermittlungen einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Der Eingang nachgereicher Schreiben wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nicht gesondert bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anlage



Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)

U-Bahnhof
Potsdamer Platz
Kochstraße

S-Bahnhof
Anhalter Bhf.
Potsdamer Platz

DB-Bahnhof
Potsdamer Platz

Bus
M 29, M 41, M 48,
M 85, 200

Interne Telefonnummer: 99407 -

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>
E-Mail: petmail@parlament-berlin.de

WG: Geplante polizeiliche Erfassung psychisch erkrankter Menschen -
fachliche und gesundheitspolitische Fragen

GesPflieg An petmail

18.03.2026 17:07

Von:
An:
Gesendet am:

Abgeordnetenhaus
Petitionsausschuss

19. Mrz. 2026

----- Weitergeleitet

Von:
An:
Kopie:
Datum:
Betreff:

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte

ich wende mich an Sie im Zusammenhang mit der aktuell diskutierten geplanten polizeilichen Erfassung psychisch erkrankter Menschen in Berlin.

Nach öffentlichen Angaben soll ein Modell zur frühzeitigen Identifikation potenziell gefährlicher Personen eingeführt werden. Vor diesem Hintergrund stellen sich aus gesundheitspolitischer Perspektive grundlegende Fragen hinsichtlich fachlicher Einordnung, Versorgungssicherheit und möglicher Auswirkungen auf Betroffene.

Insbesondere erscheint mir klärungsbedürftig:

- welche Auswirkungen eine solche Maßnahme auf die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten haben könnte
- wie das Vertrauen in das Gesundheitssystem unter diesen Bedingungen gesichert werden soll
- ob die Gefahr besteht, dass Betroffene aus Angst vor Erfassung notwendige Unterstützung nicht mehr in Anspruch nehmen
- wie gesundheitspolitische Ziele und sicherheitspolitische Maßnahmen in diesem Kontext aufeinander abgestimmt werden sollen

Ich habe zu diesen Fragestellungen bereits verschiedene Informations- und Prüfverfahren angestoßen und befinde mich hierzu im Austausch mit unterschiedlichen Stellen.

Diese Anfrage habe ich als Privatperson initiiert. Darüber hinaus begleite ich das Thema auch als Autorin und mache die damit verbundenen gesellschaftlichen Fragestellungen öffentlich sichtbar.

Vor diesem Hintergrund wäre ich Ihnen für eine Einordnung aus